



Presseschau vom 19.02.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Ein Programm für den kostenlosen Transport zur Schule für Kinder aus abgelegenen Ortschaften hat in der DVR begonnen. Dies berichtete heute die stellvertretende Direktorin der Kassenabteilung des Finanzministeriums der DVR Swetlana Garas.

„In der Republik wurde ein Programm „Schulbus“ erarbeitet, das auf die kostenlosen Fahrt von Schülern aus abgelegenen Ortschaften in die Schulen abzielt“, sagte Garas und erklärte, dass das Programm seit Anfang 2016 läuft und die Städte Jenakiewo, Dokutschajewsk, Shdanow, Charzysk, Schachtjorsk und Makejewka umfasst.

Dan-news.info: Die ukrainische Seite hat den Vorschlag der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa über einen Austausch von Gefangenen nach der Formel „3 gegen 6“ angenommen, er findet am 20. Februar statt. Dies erklärte heute die Bevollmächtigte der Republik.

„Buchstäblich vor einigen Minuten hat der Vertreter der ukrainischen Seite in der Untergruppe zu humanitären Fragen Wiktor Medwedtschuk den Austausch von Gefangenen nach der Formel „3 gegen 6“ bestätigt. Der Austausch findet am Samstag statt“, zitiert der Apparat der Bevollmächtigten Morosowa.

In der Mitteilung wird auch erwähnt, dass Morosowa noch weitere Vorschläge zum Austausch von Gefangenen vorbereitet hat. Die Bevollmächtigte brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass sie in der nächsten Zeit stattfinden und Kiew die Punkte 5 und 6 des Minsker Maßnahmekomplexes vom 12. Februar 2015 erfüllt.

Lug-info.com: Ein Bürger der Ukraine, der von Kämpfern des Strafbataillons „Ajdard“ zur Ausführung von Auftragsmorden an zwei Menschen angeworben wurde, hat sich dem Staatssicherheitsministerium der LVR gestellt. Das teilte heute der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Im Verlauf der Durchführung einer operativen Fahndungsmaßnahme, die auf Verhinderung von Aktivitäten ukrainischer Spezialdienste und Freiwilligenbataillone auf dem Territorium der LVR gezielt ist, hat sich der Bürger von Staniza Luganskaja Wladimir Turtschjanikow, der durch Drohungen und Erpressung von einem Kämpfer von „Ajdard“ zur Ausführung eines zweifachen Mordes angeworben wurde, initiativ an Mitarbeiter des Staatssicherheitsministeriums gewandt“, heißt es in der Mitteilung.

Im Ministerium wurde erläutert, dass er auf Anweisung seines Auftraggebers – des Soldaten ein Aufklärungsabteilung von „Ajdard“ Walerij Gawrilow – einen bekannten „Ajdarder“, der sich in der der LVR versteckt, sowie einen Agenten des Staatssicherheitsministeriums, der zuvor in das Strafbataillon eingeschleust wurde, um einer Serie großer Terrorakte auf dem Territorium der Republik zu verhindern, liquidieren sollte.

Turtschjanikow teilte den Rechtsschützern mit, dass man sich im Fall der Nichterfüllung des ihm aufgetragenen Mordes an seiner Familie rächen werde, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium lebt.

„Im Zusammenhang mit dem Unwillen ein Verbrechen zu begehen, hat sich Turtschjanikow am 18. Februar 2016 an Mitarbeiter des OSZE-Mission in Lugansk mit einer schriftlichen Bitte gewandt, die Sicherheit und Unverletzlichkeit seiner Verwandten abzusichern“, heißt es beim Staatssicherheitsministerium der LVR.

Vormittags:

Dan-news.info: Der Beschuss der westlichen Außenbezirke von Donezk in der letzten Nacht hat zu einer Beschädigung des Gasversorgungssystems geführt. Dies teilte heute morgen der staatliche Konzern „Donbassgas“ mit.

„In der Nacht auf den 19. Februar wurden in der Folge eines Artilleriebeschusses von Trudowskije eine Gasleitung beschädigt und das Dach eines privaten Hauses zerstört“, erklärte der Vertreter des Betriebes.

Er erläuterte, dass die Beschädigungen von drei Teilstücken von Niederdruckgasleitungen eines Durchmessers von 108 mm im privaten Sektor auf der Bokija- und der Samarskaja-Straße festgestellt wurden. Der Störungsdienst von „Donbassgas“ erhielt um 0:15 Uhr entsprechende Informationen.

„Der Störungsdienst 104 hat in der Nacht die Störung lokalisiert“, wurde beim Staatskonzern hinzugefügt. „Mit Einbruch des Tages hat eine Reparaturbrigade mit dem Austausch der beschädigten Leitungsteile begonnen“.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde mit.

Insbesondere wurde am Abend des 18. Februar aus Richtung Mironowskij das Feuer mit Panzertechnik auf das Gebiet von Nishneje Losowoje eröffnet. Außerdem haben die Kiewer Truppen mit Panzertechnik aus Richtung des Damms in Luganskoje Kalinowka beschossen. Verluste gibt es keine.

Dan-news.info: Ein Wohnhaus ist in der Folge eines Beschusses von Trudowskije im Petrowskij-Bezirk im Westen von Donezk durch die ukrainischen Truppen abgebrannt. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit.

„In der Folge eines nächtlichen Beschusses brannte auf der Selenyj-Gaj-Straße 20 ein Wohnhaus ab. Auf der Bokija-Straße 1, wurde das Dach eines Wohnhauses zerstört. Auf der Finalnaja-Straße wurde eine Gasleitung beschädigt. Außerdem sind 20

Transformatorunterstationen vom Strom abgeschnitten“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass derzeit Reparaturarbeiten an der Stromversorgung stattfinden.

Lug-info.com: Kiew hat zugestimmt, einen Gefangenen austausch nach der zuvor von der LVR vorgeschlagenen Formel „vier gegen acht“ durchzuführen. Dies teilte heute die Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen Olga Kobzewa mit.

„Der Austausch für unsere Gefangenen wurde vereinbart, aber ein Datum ist noch nicht abschließend festgelegt“, sagte sie.

„Die Formel ist „vier gegen acht“, wie wir vorgeschlagen haben“, erklärte die Vertreterin der LVR.

Dabei lenkte Kobzewa die Aufmerksamkeit darauf, dass der für den 20. Februar geplante Austausch zwischen der DVR und Kiew keine Beziehung zu den von ihr genannten Vereinbarungen hat.

„Bei ihnen findet ein Austausch am Samstag statt, bei uns wird am Samstag kein Austausch sein“, unterstrich sie.

Ukrinform.ua: „Der US-Vizepräsident Joe Biden hat in einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die Verabschiedung der vom IWF und der EU geforderten Antikorruptionsgesetze begrüßt sowie die Anstrengungen des Präsidenten Poroschenko und der Regierung gewürdigt“, hieß es in einer Pressemitteilung der US-Botschaft.

Joe Biden begrüßte außerdem die Absetzung des Generalstaatsanwalts Viktor Schokin, welche seinen Worten zufolge den Weg für notwendige Reformen in der Staatsanwaltschaft freimache.

Dan-news.info: Die Mediziner der DVR haben seit Anfang der Woche ein tägliches Absinken der Krankheitszahlen bei SARS und Grippe festgestellt. Dies teilte heute der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit.

„In den Berichten der Republikanischen Sanitär- und Epidemieverwaltung wurde in dieser Woche bis einschließlich Donnerstag im Vergleich zur letzten Woche eine recht nachhaltige Verringerung der neu registrierten Erkrankungsfälle mit Verdacht auf SARS und Grippe von 5-12 Prozent täglich festgestellt“, erklärte der Pressedienst.

Ausnahmen von der allgemeinen Tendenz sind die Daten aus Schachtjorsk, und den Bezirken Nowoasowsk, Amwrosiewskij und Starobeschewo, wo die Grippewelle als letztes begann.

Im Ministerium wurde gesagt, dass nach Meinung der Gesundheitsministerin der DVR im Ganzen die SARS- und Grippesaison in diesem Winter zufriedenstellend bewältigt wurde: in den Apotheken wurde kein Mangel an Medikamenten festgestellt, die medizinischen Einrichtungen konnten alle Patienten behandeln, prophylaktische Maßnahmen wurden rechtzeitig ergriffen.

Nach den letzten offiziellen Daten wurden in der Zeit bis zum 22. Januar in der DVR 26 Todesfälle aufgrund von Komplikationen mit der Grippe A/H1N1 registriert.

Dan-news.info: Die ukrainischen Offiziere nehmen ihre Arbeit in der Gruppe des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung auf dem Territorium der DVR wieder auf. Dies teilte heute eine gut informierte Quelle mit:

„Die ukrainischen Militärs werden wieder beim Gemeinsamen Zentrum in Donezk mitarbeiten“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach seinen Angaben sind bisher nur drei ukrainische Soldaten zum Dienst in der Hauptstadt der DVR eingetroffen, die zur Koordinationsgruppe des Gemeinsamen Zentrums gehören. Die Quelle erklärte, dass zuvor auf dem Territorium der DVR bei den Beobachtern

des Zentrums 18 Vertreter der Ukraine tätig waren, aber Mitte Januar wurden sie alle von ihrem Kommando abgezogen.

De.sputniknews.com: Nato und Kiew wollen bei „Sonderoperationen“ zusammenarbeiten. Die Ukraine und die Nato werden bei Sonderoperationen kooperieren. Eine entsprechende Absichtserklärung haben der Kiewer Generalstab und das Special Operations Headquarter der Nato (NSHQ) unterzeichnet. Als „Sonderoperation“ bezeichnet Kiew unter anderem seinen seit 2014 andauernden Militäreinsatz gegen die Regierungsgegner im Osten des Landes.

Der ukrainische Generalstabschef Viktor Muschenko informierte am Freitag über sein Treffen mit dem NSHQ-Chef Marshall Webb. „Nach den Gesprächen wurde eine Absichtserklärung über eine Zusammenarbeit zwischen dem Special Operations Headquarter der Nato und dem Generalstab der Ukraine bei Sonderoperationen unterzeichnet“, schrieb Muschenko auf Facebook. Von welchen Operationen konkret die Rede ist, verrät er nicht.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich vom Februar in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Der Konflikt zwischen Regierungstruppen und örtlichen Volksmilizen im Osten des Landes, der laut UN-Angaben bereits mehr als 9000 Todesopfer gefordert hat, ist noch immer nicht beigelegt worden. Seit September gilt in der Region eine Waffenruhe.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30797/90/307979058.jpg>

Nachmittags:

Dnr-online.ru: In der Debalzower Schule Nr. 4 fand eine Unterrichtsstunde zu Mut und staatsbürgerlichem Verantwortungsbewusstsein statt, die dem Jahrestag der Befreiung von Debalzewo gewidmet war. Die Unterrichtsstunde wurde von den Pädagogen gemeinsam mit den jungen Timurowzy der Nikolaj-Shabko-Einheit durchgeführt (Pionierbewegung, wie es sie auch in der Sowjetunion gab, Anm. d. Übers.).

„Genau vor einem Jahr wurde mit einer gemeinsamen Operation der Streitkräfte der DVR und der LVR unsere Stadt befreit. Über diese Operation steht noch nichts in den Schulbüchern, aber ich denke, dass ihr bald im Unterricht von diesem heldenhaften Tag erfahren werdet, von diesem heldenhaften Sieg, der ein Symbol für die Wiedergeburt unserer Republik, ein Symbol des Sieges ist“, sagte ein Vertreter der Stadtverwaltung. Während der Veranstaltung wurde den Kindern ein Dokumentarfilm über die Operation in Debalzewo gezeigt. „Die Leitung unserer Stadt hat zusammen mit den Pädagogen die Entscheidung getroffen, in unserer Schule eine Timurowzy-Einheit zu bilden, die Timurowzy-

Bewegung wiederzubeleben“, erzählte einer der Lehrerinnen der Schule. „Wir haben diese Initiative unterstützt und planen Rentnern, Invaliden, Lehrern, die früher in dieser Schule arbeiteten, zu helfen und auch die Sauberkeit der Stadt zu unterstützen. Unsere Initiative wurde schon von einer Reihe Schulen von Debalzewo unterstützt“.

Die erste Timurowzy-Einheit trägt den Namen von Nikoaj Shabko, einem Einwohner Debalzewos, der im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der DVR im Sommer 2014 gefallen ist.

De.sputniknews.com: Das Attentat in Ankara dient der AKP-Regierung lediglich als Vorwand für den Beschuss der syrischen Kurden und den Einsatz von Bodentruppen, erklärte der Vorsitzende des Internationalen Verbandes kurdischer gesellschaftlicher Vereinigungen, Merab Schamojew.

„Die Kurden Syriens haben diese Anschuldigungen sofort dementiert. Wie kann das den syrischen Kurden überhaupt nützlich sein? Die Kurden haben heute ein gutes Image“, sagte Schamojew, der außerdem Mitglied des Nationalkongresses Kurdistans (NKK) ist, bei einer Pressekonferenz in Moskau.

Der Anschlag sei eine Provokation seitens der Regierungspartei AKP gewesen. „Sie brauchen einen Vorwand für den Beschuss der syrischen Kurden und die Rechtfertigung einer Bodenoperation“, betonte er. Die in der Türkei lebenden Kurden seien ihrerseits nicht an einem Austritt, sondern an einer Autonomie interessiert.

Was jedoch die politische Situation in Syrien angeht, so seien die Kurden gegen einen gewaltsamen Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, obwohl das syrische Staatsoberhaupt bei ihnen einst in Misskredit geraten sei.

Des Weiteren sprechen sich Kurden aus aller Welt für den Einsatz Russlands in Syrien aus. „Wir unterstützen die Handlungen der russischen Luftstreitkräfte und hoffen, dass sie weiter fortgesetzt werden“, fügte Schamojew hinzu.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30759/90/307599057.jpg>

Dan-news.info: Bericht des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„In der Zeit vom 13. bis zum 19. Februar wurden mit Verletzungen verschiedenen Schweregrads fünf Menschen, darunter zwei Soldaten der DVR und drei Zivilisten, in Krankenhäuser eingeliefert. In der letzten Woche wurden zwei Menschen getötet“, berichtet der Apparat der Bevollmächtigten.

Nach den Angaben des Apparats der Bevollmächtigten sind seit Beginn des bewaffneten Konflikts im Donbass 3960 Menschen getötet worden, darunter 582 Frauen und 3378 Männer, darunter 71 Kinder unter 18. 6201 Menschen wurden verschieden schwer verletzt.

„Vom Büro der Bevollmächtigten sind in der letzten Woche vier Meldungen von Verwandten

darüber eingegangen, dass Menschen vermisst werden: zwei Zivilisten und zwei Soldaten der DVR“, heißt es in dem Bericht.

Nach den Informationen des Apparats werden derzeit 1119 Menschen in der Ukraine festgehalten, darunter 372 Soldaten, 577 politische Gefangene und 170 Zivilisten, die keinerlei Beziehung zu dem Konflikt haben. Weitere 410 Menschen gelten als vermisst.

De.sputniknews.com: In den nächsten drei Wochen muss an der Bildung einer neuen Regierungskoalition in der Werchowna Rada (Parlament der Ukraine) gearbeitet werden, wie der Fraktionschef der oppositionellen Radikalen Partei erklärte.

Zuvor hatten die Fraktionen der Radikalen Partei, der „Batkiwschtschina“ (Vaterland) sowie „Samopomoschtsch“ (Selbsthilfe) ihren Austritt aus der regierungsfähigen Mehrheit erklärt. Die Koalition kann aber nur dann regieren, wenn sie mindestens 226 Abgeordnete zählt. Der Rada-Vorsitzende Wladimir Groisman gab am Freitag offiziell den Austritt der Partei „Samopomoschtsch“ aus der Parlamentsfraktion bekannt, was faktisch deren Zerfall bedeutet.

„Ich meine, man muss die nächsten drei Wochen dazu nutzen, eine neue Koalition, eine neue Regierung zu bilden, und in der nächsten Plenarwoche mit Positionen hierzu an die Öffentlichkeit gehen“, erklärte Ljaschko am Freitag.

Der Vize-Fraktionschef der Partei „Samopomoschtsch“, Sergej Sobolew, signalisierte am Freitag gegenüber der Presse die Bereitschaft, an den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Koalition teilzunehmen. Er habe jedoch noch keine offizielle Einladung hierzu erhalten. Ihm zufolge sei die Bildung einer neuen Regierung die Grundbedingung für die Teilnahme seiner Partei an einer neuen Parlamentsfraktion.

„Unsere einzige Bedingung ist der Beginn einer Regierungsneubildung faktisch von Grund auf: Es gibt keinen Premier, keine Minister und es gibt neue Prinzipien zur Bildung des Ministerkabinetts“, sagte Sobolew.

Am Dienstag konnte die Rada die Regierung des Premiers Arseni Jazenjuk nicht zum Rücktritt bewegen, da das Misstrauensvotum gegen das Ministerkabinetts nicht die erforderlichen Stimmen holen konnte. Dabei hatte das Parlament die Regierungsarbeit durchaus als unbefriedigend anerkannt. Die gescheiterte Abstimmung über den Rücktritt des Ministerkabinetts verursachte Unstimmigkeiten in der agierenden Koalition und provozierte eine schwere Parlamentskrise.

Dan-news.info: In der DVR ist ein Industrie- und Handelsministerium geschaffen worden, es wird vom ehemaligen Bürgermeister von Debalzewo Alexej Granowskij geleitet. Ein entsprechender Erlass des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko wurde auf der offiziellen Seite der Republik veröffentlicht.

Gemäß der Präambel des Erlasses wurde die Entscheidung „mit dem Ziel der Realisierung einer staatlichen Politik sowie einer normativen rechtlichen Regulierung des Industrie- und Handelsbereichs“ getroffen. Der Erlass trat mit dem Zeitpunkt seiner Unterzeichnung am 12. Februar 2016 in Kraft.

Dan-news.info: Die Reparaturbrigaden haben die Stromleitungen und die Gasleitung im Petrowskij-Bezirk von Donezk repariert, die in der letzten Nacht durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurden. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit.

„Die Stromleitungen wurden repariert, die Heizwerke in Betrieb genommen, alles ist in Ordnung gebracht“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

„Die Mitarbeiter von „Donbassgas“ haben die Gasversorgung von vier Straßen in Trudowskije repariert. Etwa 60 Verbraucher in den Straßen Finalnaja, Festivalnaja, Samarskaja und Bokija sind wieder an das Gas angeschlossen worden“, fügte Shukowskij hinzu.

Er erinnerte daran, dass durch die Beschädigung der Leitung 20

Transformatorunterstationen und zwei Heizwerke vom Strom abgeschnitten waren. Ganz Trudowskije, der Stadtteil Nr. 7 und Shilploschtschadka hatten keinen Strom.

De.sputniknews.com: Die russische Luftfahrtbehörde Rosaviacía hat die jüngste Empfehlung der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) zur Luftfahrt über dem Schwarzen Meer als „gefährlich“ kritisiert. Die EASA hatte europäischen Airlines empfohlen, sich bei Flügen nahe der russischen Halbinsel Krim von ukrainischen Fluglotsen anweisen zu lassen. Laut der EASA-Empfehlung sollen Fluggesellschaften die Routen L851 und M856 über dem Schwarzen Meer — unter Kontrolle der ukrainischen Flugsicherheit — benutzen. De-facto gehören diese Routen aber zum Fluginformationsgebiet (FIR) Simferopol (Hauptstadt der Krim) und damit in die Zuständigkeit der russischen Flugsicherheit.

„Die EASA-Empfehlung ignoriert die faktischen technischen Kapazitäten der ukrainischen Kontrollzentren und gefährdet die Luftfahrt in der betreffenden Region“, erklärte Rosaviacía am Freitag. Es sei klar, dass die EASA ihre Empfehlung „aus rein politischen Motiven“ ausgegeben hat. Doch dürften politisierte Entscheidungen die Flugsicherheit nicht gefährden, hieß es.

Die europäische Behörde habe ihre Empfehlung nicht mit Russland abgestimmt, so Rosaviacía weiter. Die russische Seite habe nicht vor, die Regelung des Luftverkehrs im besagten Raum der Ukraine zu übernehmen.

Dan-news.info: Die Vorsitzenden der Volkssowjets der DVR und der LVR haben heute ein Memorandum über eine zwischenparlamentarische Zusammenarbeit unterzeichnet, die abgestimmte Gesetzgebungsprozesse in den Republiken und eine enge Zusammenarbeit zwischen Komitees und Abgeordneten regelt.

Das Dokument wurde von den beiden Sprechern – von Denis Puschilin und Alexej Karjakin – in feierlicher Atmosphäre im Plenarsaal in der Hauptstadt der DVR unterzeichnet. An der offiziellen Zeremonie nahmen auch die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa und ihre Kollegin aus der LVR Swetlana Gisaj teil sowie andere Abgeordnete beider Parlamente.

„Wir wissen alles sehr gut, wie alles begann, wie eng die Verbindungen von Anfang an waren – wir sind Seite an Seite gegangen. Jetzt ist es wichtig, auf der gesetzgeberischen Ebene nicht auseinander zu kommen“, sagte Puschilin. „Dies ist ein wichtiger Schritt, wir müssen unsere Zusammenarbeit verstärken, dies wird Früchte bringen. Auch bei der Diskussion wichtiger Gesetzesentwürfe ist es nötig gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, vereinigte Komitees und Kommissionen zu haben“.

Karjakin unterstrich, dass das unterzeichnete Memorandum es erlauben wird, mehr Effektivität beim Erfahrungsaustausch bei der Gesetzgebung zu erreichen.

„Wir haben gemeinsame Feinde, wir haben gemeinsame Freunde. Das unterzeichnete Papier gibt uns das Recht eine unmittelbare Entwicklung unserer Republiken im rechtlichen Bereich zu beginnen. Wir haben ein Ziel – das Leben besser zu machen: lasst uns das zusammen tun“, rief der Sprecher des Parlaments der Bruderrepublik auf.

Das Memorandum tritt mit dem Moment seiner Unterzeichnung in Kraft.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR hat den ehemaligen stellvertretenden Bürgermeister von Debalzewo Alexandr Reijngold zum Bürgermeister ernannt. Ein entsprechender Erlass wurde auf der offiziellen Seite der Republik veröffentlicht und trat mit seiner Unterzeichnung am 12. Februar 2016 in Kraft.

Ukrinform.ua: "Die Außenminister Deutschlands und Frankreichs Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault werden die Chefs ukrainischer politischer Parteien treffen, um eine Vorstellung über derzeitige Entwicklungen in der Ukraine zu bekommen", teilte Sprecher der deutschen Botschaft Martin Schäfer mit.

"Die beiden Minister möchten sich vor Ort ein Bild von der politischen Situation in der Ukraine machen sowie Gespräche mit dem Präsidenten, dem Regierungschef, dem Außenminister und den Chefs der im Parlament vertretenen Parteien durchführen", sagte Schäfer.

De.sputniknews.com: Der Kreml geht davon aus, dass es keine Alternative zu einer politischen Beilegung der Syrien-Krise geben kann, wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Freitag zu Journalisten sagte.

„Alle, darunter Präsident (Wladimir) Putin, gehen davon aus, dass es keine Alternative zu einer politischen Beilegung dieses Problems gibt“, so Peskow.

Der Sprecher verwies auf die jüngste Aussage des Präsidenten, dass "zur Überwindung der Krise auch die Terroristen niedergekämpft werden müssen".

Peskow betonte, alle, darunter auch Russland, seien an der Aufrechterhaltung der territorialen und politischen Integrität aller Staaten der Region, einschließlich Syriens, interessiert.

[Dnr-online.ru/Dan-news.info/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin \(Zusammenfassung mehrerer Meldungen\)](http://Dnr-online.ru/Dan-news.info/youtube-Seite%20des%20Verteidigungsministeriums%20der%20DVR)

Die Lage an der Kontaktlinie ist in den letzten 24 Stunden angespannt geblieben. Die ukrainischen Truppen haben 49-mal das Territorium der Republik Im Zusammenhang mit 27 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung beschossen.

Während der Beschüsse verwendete der Gegner: Granatwerfer der Kalibers 120 mm und 82 mm – 27-mal, Antipanzergrenatwerfer und Schusswaffen – 17-mal. Das Territorium des Petrowskij-Bezirks der Stadt Donezk wurde mit Abwehrgeschützen 5-mal beschossen.

Die Beschüsse kamen aus den Ortschaften Peski, Opytnoje, Awdejewka, Marjinka, Nowomichajlowka auf das Territorium der Ortschaften Spartak, Shabitschewo, das Gebiet des Flughafens, des Volvo-Zentrums und des Petrowskij-Bezirks der Stadt Donezk von den Positionen der 14. und der 93. mechanisierten Brigaden unter dem Kommando von Shakun und Klotschkow.

In der Folge der Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte wurden in Donezk zwei Häuser auf der Selenyj-Gaj-Straße 29 und der Bokija-Straße 1 zerstört, auf der Finalnaja-Straße wurde eine Gasleitung beschädigt, ein Heizwerk wurde auf der Wagner- und der Bokija-Straße vom Strom abgeschnitten. Außerdem sind 20 Transformatorunterstationen vom Strom abgeschnitten. In Alexandrowka wurde auf der Skolnaja-Straße 9 ein Haus beschädigt.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt weiterhin eine Konzentration von Personal aus nationalistischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie fest. Im Gebiet von Wolnowacha, 17,5 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von 60 Mann aus einer Abteilung des „Rechten Sektors“ festgestellt.

Im Bericht der OSZE-Mission wurden Verstöße der ukrainischen Seite festgehalten. In den Lagerorten für Militärtechnik und Waffen fehlen seit Januar 2016 drei Haubitzen „Gwosdika“ 122 mm. In der Nähe der Kontaktlinie im Gebiet von Marjinka bemerkten die Beobachter die Ankunft von Panzertechnik.

Trotz eines gewissen Rückgangs der Beschüsse des Territoriums der DVR schießen die nationalistischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte weiterhin auf zivile Einwohner. Der kürzliche Besuch des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug in Sajzewo hat in keiner Weise die angespannte Lage verändert. Während des Besuchs von Sajzewo hat sich Hug nicht herabgelassen, sich mit örtlichen Einwohnern zu treffen, im Gegenteil beschuldigte er die Versammelten einer gestellten Aktion. Vertreter der Mission haben nicht einmal die Ergebnisse der Beschüsse, die Krater und Zerstörungen, aufgenommen.

Unter Nutzung von Desinformationen über eine Angriffsvorbereitung der Streitkräfte der DVR hat die ukrainische Seite auf dem Hintergrund der Verlagerung von zehn Panzern mit Personal in das Gebiet von Marjinka einen Beschuss des Petrowskij-Bezirks von Donezk durchgeführt. Und die Vertreter der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur

Kontrolle und Koordination verbreiten Falschinformationen und schließen die Augen vor den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung durch die ukrainische Seite.

Im Zusammenhang mit der weiteren Verheimlichung ihrer Fahrlässigkeit bei den Munitionslagern der 72. mechanisierten Brigade, die sich im Oblast Saporoshe befinden, mehr als 100 km von der Kontaktlinie, haben die ukrainischen Behörden die DVR beschuldigt, die Lager mit Hilfe von Kampfdrohnen der Streitkräfte der DVR gesprengt zu haben.

Mit aller Verantwortlichkeit erkläre ich, dass die Streitkräfte der DVR keine solchen Drohnen haben. Wenn wir solche Waffen hätten, könnten wir Schläge nicht nur auf Lager ausführen, sondern auf viel wichtiger Objekte – Kommandopunkte, insbesondere den Koordinationspunkt der ATO im Bereich von Kramatorsk, den Flughafen und andere. Die Lüge des ukrainischen Kommandos verfolgt ein offensichtliches Ziel – die Fahrlässigkeit und den Diebstahl von Munition zu verheimlichen, über die systematisch Journalisten, Massenmedien, die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine und die Soldaten selbst berichten. Es bleibt nur noch, dass die ukrainische militärische Leitung Außerirdische der Zusammenarbeit mit der DVR beschuldigt. Genug der Lügen! Niemand glaubt Ihnen mehr, auch nicht gehirngewaschene Ukrainer.

Ich möchte hinzufügen, dass in der letzten Zeit in den Medien Informationen auftauchen, dass wir Sajzewo aufgegeben hätten – das ist eine Lüge. Ich habe überall gesagt und ich werde es weiter sagen, dass wir unser Territorium niemals aufgeben werden. Diese Desinformation wird verbreitet, um die Situation an der Kontaktlinie noch weiter zu destabilisieren und Panik und den Einwohnern zu verbreiten.

Abends:

De.sputniknews.com: Parlamentarier sieht Ukrainer als Kanonenfutter der Nato für regionale Kriege.

Die Nato könnte die ukrainischen Streitkräfte künftig in verschiedenen regionalen Konflikten, darunter auch in Syrien, einsetzen, wie Igor Morosow, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (russisches Oberhaus), zu Sputnik sagte.

Ein indirekter Beweis dafür sei ein Abkommen zwischen dem ukrainischen Generalstab und dem Stab der Allianz über die Zusammenarbeit bei Spezialoperationen, so Morosow.

Zuvor war bekannt geworden, dass der Generalstab der Ukraine und der Nato-Stab ein Absichtsprotokoll über die Zusammenarbeit im Bereich der Spezialoperationen unterzeichnet hatten.

„Wie ich glaube, sieht Washington bereits in der Ukraine Kanonenfutter, das ausgebildet, motiviert und in einem beliebigen regionalen Krieg, darunter auch im syrischen, genutzt werden könnte“, so der Parlamentarier.

Diese Möglichkeit sei für die USA ein Jahr vor den Wahlen besonders aktuell, da der Tod von US-Soldaten in Syrien viel Unwillen bei den Wählern auslösen könnte, so Morosow.

Der russische Senator verwies darauf, dass der Staatshaushalt der USA für dieses Jahr die Bereitstellung von 300 Millionen Dollar für die militärische Macht der Ukraine vorsehe. „Als Gegenleistung wird die Ukraine sich eifrig darum bemühen, jede Nato-Operation auszuführen“, sagte der Parlamentarier.

Dan-news.info: Die Abgeordneten des Volkssowjets der DVR haben heute das Gesetz „Über die Einfügung von Änderungen in einige Gesetze der DVR“ beschlossen. Für dieses Gesetz stimmten alle 79 anwesenden Abgeordneten.

Die Vorsitzende des Parlamentskomitees zur Sozial- und Wohnungspolitik des Volkssowjets Julija Sulim berichtete, dass die Abgeordneten insbesondere Änderungen beschlossen haben, die den Umfang des bezahlten Urlaubs festlegen, den Arbeitgeber Studierenden höherer und mittlerer Berufsbildungseinrichtungen gewähren müssen, die berufsbegleitend studieren.

„Studierenden an Hochschulen der DVR muss der Arbeitgeber zur Erarbeitung und Verteidigung ihrer Diplomarbeit oder ihrer Abschlussarbeit vier Monate Urlaub gewähren und Studierenden von mittleren Berufsbildungseinrichtungen zwei Monate“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Die Studierenden der ersten und zweiten Studienjahre an den Hochschulen können während der Erledigung der gestellten Aufgaben, der Ausführung von Laborarbeiten und dem Ablegen von Prüfungen auf 30 Tage bezahlten Urlaub zurückgreifen. Den Studierenden ab dem 3. Studienjahr sowie denen, die eine zusätzliche Ausbildung erhalten, stehen 40 Tage Urlaub zu.

„Während der Vorbereitung und Ablegung der staatlichen Prüfungen an den höheren Bildungseinrichtungen steht Arbeitern, die berufsbegleitend studieren, auf Grundlage einer entsprechenden Bescheinigung 30 Tage Urlaub zu. Für Studierende in mittleren Berufsbildungseinrichtungen bis 35 Kalendertage im Studienjahr“, sagte sie.

Nach ihren Worten wurde auch die Gesetzgebung bezüglich zusätzlicher Urlaubstage für alleinerziehende Eltern geändert, die behinderte Kinder erziehen. Diese wurden von sieben auf zehn Tage erhöht, erklärte die Abgeordnete.

De.sputniknews.com: Die syrischen Kurden weisen jegliche Verwicklung in den jüngsten Anschlag in Ankara zurück. Die Eile, mit welcher die Anschuldigung erhoben wurden, spricht laut dem Vertreter des syrischen Kurdistans in Moskau, Rodi Ahman, von einer geplanten Provokation, die der Türkei den Weg für eine Intervention in den syrischen Kurdistan ebnet soll.

„Schon wenige Stunden nach dem Anschlag hat Ankara die Kurden beschuldigt. Sagen wir es einmal so — dass ist verdächtig schnell. Anscheinend wurde das geplant. Erdogan braucht einfach einen Scheingrund, um die Kurden erneut zu beschuldigen und auch einen Vorwand, um sie anzugreifen und sogar eine Invasion in Syrien durchzuführen“, betonte Ahman.

Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG hätten die Vorwürfe der türkischen Seite zurückgewiesen – sie wüssten von nichts und hätten damit nichts zu tun.

„Als im Jahr 2011 in Syrien der Konflikt entfachte, wollten wir stets freundschaftliche Beziehungen mit der Türkei pflegen. Doch die Haltung der Türkei war uns gegenüber immer feindlich. Weil Rojava (Westkurdistan) den Syrien-Projekten von Erdogan im Weg steht“, so Ahman.

Zuvor hatte auch der Vorsitzende des Internationalen Verbandes kurdischer gesellschaftlicher Vereinigungen, Merab Schamojew, erklärt, dass das Attentat in Ankara der AKP-Regierung lediglich als Vorwand für den Beschuss der syrischen Kurden und den Einsatz von Bodentruppen in Syrien diene.

Am Mittwochabend waren in Ankara mindestens 28 Menschen bei einem Anschlag auf einen Militärkonvoi getötet worden. Zudem gab es mehr als 60 Verletzte. Neben den Militärs waren auch Zivilisten, die sich zum Zeitpunkt der Explosion in der Gegend aufgehalten hatten, den Terroristen zum Opfer gefallen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan machte die kurdische Arbeiterpartei PKK und die syrische Kurdenmiliz YPG für das Attentat verantwortlich.

Die Anschlagsserie in Ankara sorgte für den Beginn einer neuen Etappe in der türkisch-kurdischen Konfrontation. Am Donnerstag ereignete sich ein weiterer Terroranschlag in der südöstlichen Provinz Diyarbakir, bei dem sechs Menschen ums Leben kamen. Zudem kam es in der an den Irak grenzenden türkischen Provinz Sirnak zu einem Attentat. Das russische Außenministerium bezeichnete die Anschlagsserie als „alarmierende Tendenz“.

Die türkischen Luftstreitkräfte flogen unmittelbar nach den Anschlägen in Ankara Angriffe auf die Stellungen der kurdischen Arbeiterpartei PKK im Norden Iraks. Die Vorwürfe gegen die syrischen Kurden, hinter dem Terroranschlag zu stecken, wurden vor dem Hintergrund ihrer militärischen Erfolge in Syrien erhoben. Laut Ankara spielt die russische Luftwaffe eine wichtige Rolle bei der Ausweitung der von den Kurden kontrollierten Gebiete. Die türkische Artillerie beschoss in der letzten Woche Stellungen der Kurden in den Grenzgebieten und weigerte sich, die Forderungen des Westens nach Feuereinstellung zu erfüllen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30347/62/303476215.jpg>